

Nach Wahlsieg Linkskoalition für den AStA!

BOCHUM. (BSZ) — Nach kurzem Wahlkampf brachten die Wahlen zum 2. Bochumer Studentenparlament eine Bestätigung der bisher von den linken Hochschulgruppen betriebenen Politik. Zwar mußte der SDS eine empfindliche Einbuße von zwei Parlamentsmandaten hinnehmen, dafür konnte aber der SHB seine Position ausbauen: Er wird im 2. SP mit 12 Abgeordneten vertreten sein. Einen überraschenden Erfolg konnte auch die Humanistische Studenten-Union verbuchen, die in diesem Jahr erstmals kandidierte und auf Anhieb 6 Sitze erringen konnte. Einen erfolgreichen Einstand verzeichnete auch der Freidemokratische Hochschulverband (FHV), der mit 7 Mandaten zweitstärkste Fraktion wurde. An vierter Stelle folgt die GUNST, die vor allem mit den Stimmen der Essener Mediziner auf 4 Parlamentssitze kam. Bereits in der Wahlnacht wurde hinter den Kulissen eifrig „gekunkelt“, ein Prozeß, der sich über das Wochenende in hektischen Mitgliederversammlungen fortsetzte. SHB, HSU und SDS verhandelten über Möglichkeiten einer Koalition.

BSZ

Bochumer Studenten Zeitung

Heute

- S. 2: Wahlergebnisse Numerus clausus
- S. 3: Interview mit Hilmar Hoffmann
- S. 4: Kriegsdienstverweigerung

Der Augen Wille:

die Heinen-Brille

Bochum, Kortumstraße 45 u. Ruhrpark-Einkaufszentrum

Notstandspraxis

DORTMUND. (BSZ) — Am 27. Juni 1968 wurden bei vier Vertretern der Außerparlamentarischen Opposition Hausdurchsuchungen durchgeführt, begründet unter anderem dadurch, daß ein Flugblatt zum Ostermarsch herausgegeben worden sei, „das eine ‚Aktionseinheit‘ zwischen Studenten, Schülern und Arbeitern“ fordert und sich damit exakt an die auf der Karlsbader Kommunistenkonferenz für die Arbeit der illegalen KPD im Untergrund beschlossene Parole ‚Aktionseinheit‘ hält.“ Die Polizeiaktionen wurden durchgeführt bei: Marcella Knipping (19), Vorsitzende der Unabhängigen Schülergemeinschaft NRW; Herbert Lederer (25), Mitglied des SDS-Bundesvorstandes; Gunnar Mattiessen (28), Geschäftsführer der Kampagne für Demokratie und Abrüstung NRW; Walter Möbius (32), Stellv. Bundesvorsitzender der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ); Rolf Jürgen Priemer (27), Bundesvorsitzender der SDAJ. Offensichtlich wird durch die Polizeiaktionen der Versuch unternommen, die Zusammenarbeit zwischen Schülern, Studenten und Arbeitern zu verhindern. Notstand wird bereits lautlos praktiziert. Dafür spricht auch, daß die Durchsuchungsbefehle schon über zwei Monate alt waren, in der Schlußphase des Kampfes gegen die Notstandsgesetze aber offensichtlich nicht verwirklicht werden sollten, um einen Eklat zu vermeiden. Man wird aufmerksam verfolgen müssen, wie die Versuche des Polizeiapparates weiterlaufen, Aktionszentren der APO ohne großes öffentliches Aufsehen zu zerschlagen!

Zwerg-Uni ruft

Im Wintersemester 68/69 wird die Studentenschaft der Abteilung V (Philologie) ihr Studienprogramm im Rahmen des studentischen Informationsprogramms fortsetzen. In kleinen studentischen Arbeitsgruppen werden 1. solche Themen behandelt, die im Bereich der Philologie aus wissenschaftsideologischer Blicktrübung nicht wahrgenommen werden, 2. in Parallelgruppen zu etablierten Lehrveranstaltungen Grundlagen für thematische und methodische Kritik geschaffen. Für das Winterprogramm fehlen noch einige Diskussionsleiter. Studierende der Abt. V, die an der Durchführung eines kritischen Studienprogramms Interesse haben, werden gebeten, sich mit dem Abteilungs-sprecher (J. Jackel, Dekanat der Abt. V oder 463 Bochum, Wjemelhauser Straße 243a) in Verbindung zu setzen. Für die Leitung einer Studiengruppe steht eine finanzielle Entschädigung zur Verfügung. Für Parallelkurse kommen insbesondere folgende Veranstaltungen der WS 68/69 infrage: 1. Germanistik: Der Erzähler H. v. Kleist (Proseminar); Brechts Dramen (Grundkurs); Günter Grass, Die Blechtrommel (Grundkurs). 2. Anglistik: Fielding, Tom Jones (Prosem.); John Milton's „Areopagitica“ and John Stuart Mill's „On Liberty“ (Prosem.); 3. Romanistik: Französische Lyrik des 16. Jh. (Prosem.); Claudel, Le Soulier de Satin, Le Livre de Christophe Colomb (Prosem.); Die Theorie der Literatur in Frankreich im 17. und 18. Jh. (Prosem.).



Alone on the seashore of his thoughts

Die langen Kunkelnächte nach der Wahl sind vorbei, die Koalition steht vorerst, die Kandidatenvorschläge der einzelnen Partner sind aufeinander abgestimmt worden. Einsam geht Horst Peter Kasper, mutmaßlich künftiger AStA-Sprecher, durch die Dämmerung. Kunkel-Miel und Proporz-Gerangel sind von ihm abgefallen. Bald wird er gegen böse Rektoren und hartnäckige Parlaments-Widersacher kämpfen.

Nach den Vorstellungen der Koalitionspartner SHB, HSU und SDS wird der Vorstand der Studentenschaft anders als bisher als Kollegialorgan handeln. Der Vorsitzende, jetzt Sprecher genannt, wird selbst ein Fachressort verwalten.

Für den Sprecher des Vorstandes der Studentenschaft präsentierte der SHB Horst-Peter Kasper, der in der Abteilung V das Direktmandat errungen hatte. Kasper konnte in der Parlamentssitzung vom 9. Juli in den ersten beiden Wahlgängen noch nicht die dabei notwendige Zweidrittelmehrheit erreichen. Im dritten Wahlgang, der heute abend, 19.30 Uhr im Hörsaal B II stattfindet, genügt die absolute Mehrheit. Als weitere AStA-Mitglieder werden heute vorgeschlagen: Guido Boulboulé (SHB), Rainer Duhm (HSU) und Manfred König (HSU). In der Parlamentssitzung am vergangenen Dienstag gelang es, alle Parlamentsausschüsse zu besetzen. Damit sollte die Gewähr gegeben sein, daß sofort mit der Arbeit begonnen werden kann.

Neuer Sprecher des Parlaments ist der alte: Burghard Schneider (SHB), der sich in jahrzehntelanger Tätigkeit so ganz ausgezeichnet bewährte.

Haushalt 1968

Der HH 68 wurde vom alten SP auf seiner letzten Sitzung endlich beschlossen. Er wird ausgehängt und ist beim Vorstand erhältlich.

Das „Chaos“ und die Macht

Bochum (BSZ) — Im „Bericht“ der Universität heißt es fälschlicherweise, der Senat habe eine Sitzung ausschließlich mit dem „Haushaltsgebaren“ der Studentenschaft zugebracht, dann wird der Bericht-erstatte der Studentenschaftskommission als Ankläger dargestellt, zu guter Letzt sollen die Studentenvertreter den Senatsbeschluss „begrüßt“ haben. Noch schöner hatte es zuvor in den Tageszeitungen gestanden. Vom „Chaos“ in den Finanzen, von der Sperrung des Kontos der Studentenschaft, von kleinlauten Studentenvertretern konnte man nicht laut genug hören. Was helfen da Richtigstellungen, wenn

man Wortwahl und Tendenz gegen sich hatte, wenn man einen Kompromiß mit den Mächtigen nur durch genaue Situationskenntnis rechtfertigen kann. So konnte man der Studentenschaft eins auswaschen, sie nach außen als unzuverlässig, nach innen als unterwürdig darstellen. Der Kompromiß im Senat: Die Sozialbeiträge für das WS werden wie bisher vor der Rückmeldung gezahlt, sind aber nicht frei verfügbar, bis in den Semesterferien die Jahresabschlüsse erstellt worden sind, für die Haushaltsführung zusammen mit den Beamten des Kanzlers eine dauerhafte Regelung ausgearbeitet worden ist und der Kanzler den Abschluß der Arbeiten bestätigt. Nachteil für die Studentenschaft: daß der Beschluß überhaupt gefaßt wurde. Vorteil: Gerüchtemacher werden noch weniger Chancen haben als bisher. Daß die Studentenschaft liquide ist, dürfte dann erwiesen sein, die Finanzautonomie sicherer als vorher.

SP-Wahl in Marburg...

Marburg (dpa). Stimmengewinne verzeichnete der SDS bei den Wahlen zum Marburger Studentenparlament. Der SDS wird künftig mit acht Sitzen (bisher fünf) und die Arbeitsgemeinschaft für Fragen der Hochschulpolitik mit acht (gegenüber 14) vertreten sein. Je vier Sitze haben der LSD, das Marburger Hochschulforum, die Arbeitsgemeinschaft Liberaler Progressiver und die Fachschaftsliste Medizin errungen. Drei Sitze gingen an den SHB und zwei an die linksliberale „Liste unabhängiger Studenten“. Die Marburger Studenten-Union erhielt zwei Mandate. Drei Sitze gingen an die Marburger Studentenvereinigung, die vom RCDS und Korporationsstudenten gebildet worden war.

... und in Darmstadt

Darmstadt (dpa). Bei den Wahlen zum Studentenparlament sind von 37 Kandidaten studentischer Verbindungen 22 gewählt worden. Im derzeit amtierenden Parlament waren nur zehn Verbindungsvertreter vorhanden. Der SDS konnte von sieben Kandidaten nur einen durchbringen. Die Humanistische Studenten-Union gewann neun Sitze. Die restlichen der 64 Sitze entfielen auf 26 unabhängige Studenten, drei SHB-Mitglieder, je ein Mitglied der Evangelischen und Katholischen Studentengemeinde und ein Mitglied des LSD.

DR. HAMMER

Mayonnaise

je öfter — je lieber preiswert und gut

Faillard neuer Rektor designatus

Am Montag, dem 8. 7. 68, wählte der Konvent der Ruhr-Universität Bochum, in dem erstmals je 43 Studenten und Assistenten stimmberechtigt vertreten waren, den neuen Rektor designatus, der im Oktober des nächsten Jahres an die Stelle von Prof. Biedenkopf treten wird. In der vorletzten Konventssitzung war ein Antrag der studentischen Vertreter auf drittelparitätische Besetzung des Konvents klar abgelehnt worden. Trotz starker Bedenken der Studentenschaft gegen den schließlich angenommenen Kompromißvorschlag des Senats (43 Studenten zugelassen), entschlossen sich die studentischen Konventsmitglieder, an der Rektorenwahl teilzunehmen. Sie rechneten sich eine reale Chance aus, mit dem Gewicht ihrer Stimmen die Wahl eines ihnen unliebsamen Kandidaten verhindern zu können. Die Rechnung ging nicht auf: Bereits im ersten Wahlgang erreichte Prof. Faillard die notwendige absolute Mehrheit; der von Studenten und Assistenten unterstützte Romanist Prof. Maurer erhielt nur 60 Stimmen (gegen 138 von Faillard). Das Scheitern der Studentenschaft war praktisch schon in dem Moment vorge-

zeichnet, als man sich darauf einließ, von der ohnehin als Minimalforderung angesehenen Drittelparität abzugehen und die geringe Chance zu nützen, die sich durch die stärkere Beteiligung der Studenten im Konvent hätte ergeben können. Niemand machte sich Illusionen, etwa einen Kandidaten durchzubringen, der studentische Interessen vertreten hätte. Die studentische Abstimmung konnte bei den Machtverhältnissen im Konvent immer nur ein Votum für einen Kandidaten bedeuten, dessen Politik man als das geringere Übel angesehen hätte. Das Debakel am Montag änderte nichts an der Tatsache der Unterrepräsentation der Studenten im Konvent, es hob diesen untragbaren Zustand allerdings mit aller Deutlichkeit ans Licht. Die Studentenschaft hatte erkannt, daß ihr Mitbestimmung im Konvent versagt geblieben war. Sie hatte deshalb, unabhängig vom Ausgang der Rektorenwahl, eine Erklärung vorbereitet, in der sie gegen das Wahlverfahren Protest erhob. Sie deckte den eklatanten Widerspruch auf, der zwischen dem Anspruch des Rektors, die gesamte Universität zu vertreten, und der Art der Rektorenwahl besteht.

Die Studenten, die 86% der gesamten Universitätsmitglieder ausmachen, sind mit einem so geringen Stimmenumfang an der Wahl des Rektors beteiligt, als verträten sie nur 0,6% der Universitätsmitglieder. Einen Rektor, der durch dieses Verfahren gewählt wird, kann die Studentenschaft deshalb nicht als ihren Repräsentanten ansehen. Die Verwunderung über das Verhältnis der Bochumer Professoren zu Grundsätzen der Demokratie, die am Schluß der Erklärung ausgedrückt wurde, erhielt ihre aktuelle Bestätigung durch das Verhalten der Professoren am Ende der Konventssitzung. Während Zimmermann noch vom Podium aus sprach, verließ die Hälfte der Ordinarien den Saal, angeführt von dem Biologen Prof. Esser, der bereits in der letzten Konventssitzung der Studentenschaft vorgeworfen hatte, mit Horst-Wessel-Methoden Politik zu betreiben. Die Professoren, die es vorzogen, Zimmermanns Erklärung nicht anzuhören, waren die gleichen, die es zugelassen hatten, wie die Studentenschaft im Konvent auf übelste Weise beschimpft wurde. Gerhard Huck

Durst löscht man mit Schlögel

Aktion Kirchbau geht weiter . . .

BOCHUM. (BSZ) — An der Unterschriftenaktion der KSG/ESG, gegen den Bau von zwei Kirchen im Universitätsbereich, haben sich etwa 1500 Studenten, Assistenten und Professoren beteiligt. Die Vollversammlung der KSG vom 9. 7. 1968 hat diese Aktion noch einmal ausdrücklich befürwortet.

Viele Studenten waren der Meinung, man solle gar keine Kirchen mehr bauen. Die Studentengemeinden halten es ebenfalls für angemessener, anstelle eines sakralen Kulturraumes eine Mehrzweckhalle zu errichten, die neben Gottesdiensten auch für andere Veranstaltungen offensteht. Damit wäre die fatale Trennung zwischen sakralem und profanem Raum endlich einmal aufgehoben (vgl. dazu H. E. Bähr, Kirchen in nachsakraler Zeit, in Konkretionen II, 1968).

Dieses Projekt wäre aber vorerst nur realisierbar, wenn es sich um eine reine Studentenkirche handelte. Für die Ortsgemeinden ergibt sich zu diesem Zeitpunkt nur die Alternative, eine gemeinsame Kirche zu bauen.

Bischof Dr. Hengsbach hat dieses Projekt abgelehnt mit der Begründung, die Situation der Gemeinden sei noch nicht reif für ein solches Experiment.

Da die Ortsgemeinden aber bislang gar nicht nach ihrer Stellungnahme zum Kirchbau gefragt wurden, forderte die Vollversammlung der KSG den Bischof auf, eine Urabstimmung in der Gemeinde durchzuführen.

Eine demokratische Entscheidung ist allerdings nur dann gewährleistet, wenn ihr eine intensive Information vorausgeht, die den Meinungsbildungsprozess innerhalb der Gemeinde erst ermöglicht. Bei der bisherigen Gemeindestruktur, die alles andere als demokratisch ist, wäre das Ergebnis wohl kaum mehr als eine Reproduktion des Bischof-Willens.

In einem Staat, der sich demokratisch nennt und in dem zumindest einige Gruppen nach Verwirklichung der Demokratie streben, kann kein Platz mehr sein für eine Kirche, die als Hort autoritärer Strukturen die Gläubigen weiterhin in Unmündigkeit befangen hält.

Theologische Motivationen dieser Struk-

turen (gottgewollte Hierarchie und Gehorsamsprinzip) können nur noch als Verschleierungstaktik verstanden werden; auch die vielzitierte „Mündigkeit der Laien“ täuscht darüber solange nicht hinweg, wie Meinungsbildung und Artikulation die Etablierten nicht beeinflussen.

Bayern: Strafen für Studenten . . .

München (dpa). Der bayerische Kultusminister Dr. Ludwig Huber (CSU) hat den Universitäten angedroht, im Wege der Rechtsaufsicht einzugreifen, falls die Universitäts-Disziplinarausschüsse bei der Ahndung strafbarer Handlungen von Studenten sich als funktionsunfähig erweisen sollten. Vor dem bayerischen Landtag betonte Huber unter Hinweis auf die zurückliegenden Studentendemonstrationen: „Ein Student, der Gewalttaten begeht oder sich als gefährlicher Verfassungsfeind betätigt, muß disziplinarrechtlich belangt werden können.“ Huber wies darauf hin, daß Schüler und Studenten, die wegen ihrer charakterlichen Haltung disziplinar oder gerichtlich bestraft worden sind, von der Ausbildungsbeihilfe oder der Förderung nach dem Honnefer Modell ausgeschlossen werden können.

... und für Professoren

München (dpa). Die Beteiligung von Professoren an Studentendemonstrationen und Vorlesungsstreiks an bayerischen Hochschulen wird ein beamtenrechtliches Nachspiel haben. Das Kultusministerium hat in einem Rundschreiben bei den Rektoren aller wissenschaftlichen und Pädagogischen Hochschulen angefragt, welche Professoren Ende Mai dieses Jahres ihre Vorlesungen ausfallen ließen, um zu demonstrieren oder zu streiken. Das Ministerium stellte sich auf den Standpunkt, daß Universitätsprofessoren kein Streikrecht besäßen.

Numerus clausus bei Psychologen

BOCHUM (BSZ). Die Fachschaft war nicht unterrichtet, und erst zu Beginn der letzten Fakultätsitzung des Semesters ließ man in der Abt. III die heikle Sache gegen den Protest des studentischen Mitgliedes auf die Tagesordnung setzen; die Verlängerung des Numerus clausus im Fach Psychologie. Gut vorbereitet begründete Prof. Heckhausen den Antrag; der studentische Vertreter M. Koenig konnte nur aus dem Stegreif argumentieren.

Als Gründe für den N. cl. wurden Lehrpersonalmangel, Überfüllung der Seminare (durchschn. 50) und die besonderen Engpässe der experimentellen Praktika und Diplomarbeiten angegeben. Nur durch Beschränkungsmaßnahmen (Studentenzahl und Teilnehmerzahl der Seminare) könne die Ausbildung und Forschung aufrechterhalten werden.

Die Einwände des studentischen Vertreters; der N. cl. sei ein undemokratisches Mittel und beschränke die im GG garantierte freie Berufswahl erheblich. Zudem stelle er eine restriktive Bildungspolitik dar, die eine längst fällige Neukonzeption der Hochschule hinausschiebe. Wo er einmal eingeführt wurde, ist er auch nie wieder aufgehoben worden. Die Unzulänglichkeiten dieses Hochschulsystems würden mit diesem Mittel verdeckt, die Anstrengungen, ein Studium ohne Beschränkungen zu gewährleisten, seien minimal. Insbesondere habe die Fachschaft Psychologie in den vergangenen Wochen umfangreiche konkrete Vorschläge gemacht, die ein Studium ohne Beschränkungen ermöglichen und die Diskrepanz zwischen geplanter und verwirklichter wissenschaftlicher Ausbildung aufheben sollen. Die augenblickliche Ausbildung erzieht studentische Hilfskräfte, angefüllt mit vielen Fakten. Statt dessen

müsse auf Kosten der Stoffmenge endlich die Reflexion über die methodologische Problematik und das Selbstverständnis der Psychologie als der wesentlichste Bestandteil des Studiums verwirklicht werden.

Der Kritik und den Vorschlägen wurde entgegengehalten, daß sie eine erhebliche Mehrbelastung der Lehrenden bedeuten, die Fachschaft ideologisch argumentiere, und hinsichtlich des N. cl. sei sie reaktionär: sie wolle ein chaotisches Studium und verhindere dadurch eine gute Ausbildung, so daß wieder unzureichend ausgebildete Psychologen in die Berufspraxis geschickt würden.

Auf der Fachschaftsversammlung am folgenden Donnerstag, bei der auch der Dekan zwecks Neuwahl des studentischen Fakultätsmitgliedes anwesend war, stellten die Studenten fest, daß sie in den entscheidenden Dingen nur eine formale Mitbestimmung besitzen und in dem augenblicklichen Hochschulsystem konträre Vorstellungen keinerlei Chance in den entscheidenden Gremien haben.

Auf Grund der pauschalen Ablehnung der Vorschläge durch den Institutsdirektor Heckhausen bildeten sich auf der Versammlung drei Arbeits- und Aktionsgruppen: Veranstaltungskritik, Kritische Seminare und Hochschulreform. Diese Gruppen sollen eine ausführliche Analyse der jetzigen Psychologie, der Hochschule, deren Einbettung in die gesellschaftlichen Verhältnisse und die Möglichkeiten einer Hochschulreform nach studentischen Vorstellungen erarbeiten. Aus dieser theoretischen Arbeit, die die Zielvorstellungen erbringen sollen, leiten sich dann stetig die konkreten Aktionen ab.

„Wissenschaft“ und „Wesen“ Ein deutsches Manifest

BOCHUM. (BSZ). — Am 5. Juli erschien in der Frankfurter Allgemeinen eine ganzseitige Anzeige. Sie brachte den Text des sogenannten Marburger Manifests und die Liste der Professoren, die dieses Dokument konservativer oder restaurativer Geisteshaltung unterzeichnet hatten. Bochum ist mit einer erstaunlichen (7) Anzahl von Ordinarien vertreten.

Die Quintessenz des Manifests ergibt sich aus dem einleitenden Abschnitt:

„Die vergangenen Jahre haben die Gefahr, die das Wesen der deutschen Hochschule bedroht, in ihrem Charakter immer deutlicher werden lassen. Sie liegt in der eingetretene Vermischung des Gedankenguts der Hochschulreform mit dem eines gesellschaftlichen Umsturzes insgesamt, wie er von den radikalen Gruppen beabsichtigt wird. Die Unterzeichner halten es mit ihrem Dienstfeld, ihrer wissenschaftlichen Verantwortung und ihren staatsbürgerlichen Pflichten für nicht vereinbar, weiterhin zu dieser Entwicklung zu schweigen, die unter dem mißverständlichen Namen „Demokratisierung der Universität“ vorangetrieben wird. Sie hat die Beschränkung der Freiheit von Forschung und Lehre und damit eine Verkümmern der Wissenschaft selbst zur Folge.“

Es ist für die Unterzeichner gewiß gefährlich, die „elementaren Strukturprinzipien“ der bisherigen Universitätsverfassung „zugunsten bisher unbekannter Grundsätze außer Kraft“ zu setzen: ihre Monopolstellung im Wissenschaftsbetrieb würde dadurch nämlich angegriffen.

Dieser reale Hintergrund wird durch das vordergründig ideologische Tränenvergießen über das bedrohte „Wesen der deutschen Hochschule“ eher verdeutlicht als kaschiert.

Man sollte die Tatsache nicht unterschätzen, daß ca. 1500 Professoren dieses Manifest unterzeichnet haben: Sie gibt in einer Deutlichkeit, die man bisher vermied, Auskunft über das reaktionäre Potential in der Professorenschaft.

In Bochum unterschrieben u. a.: Anweller, Busse v. Colbe, Esser, Greeven, Kesting, Köllmann, Meyer-Dohm, Mikat, Papalekas, Reichardt, Schlicher, Schmale, Schnur, Watrin.

Die HSU-Fraktion wird heute abend im SP einen Antrag zum Marburger Manifest einbringen; die RUHR-REFLEXE werden den Text einer eingehenden Analyse unterziehen.

Die Wahlergebnisse

Bochum. (BSZ) — Während in der Mensa heiße Rhythmen die mittäglichen Eintopfschwaden vertrieben, saßen in der Wahlnacht im IB-Gebäude die Wahlhelfer zusammen und zählten unter mehrfacher Kontrolle die abgegebenen Stimmen. Die Wahlbeteiligung, absolut etwa gleich hoch wie im letzten Jahr, ist relativ zurückgegangen auf 47,26 Prozent. Kein überwältigendes Ergebnis! Vor allen Dingen war es deshalb erstaunlich, weil nach den Aktionen des Sommersemesters ein Engagement bei Gegnern und Freunden des ASTA-Kurses hätte erwartet werden müssen. Das Parlament umfaßt in der nächsten Legislaturperiode 39 Sitze. Davon sind z. Z. nur 37 besetzt, weil sich in zwei Abteilungen kein Direktkandidat zur Wahl stellte.

Abteilung	Wahlbeteiligung in %
I (Ev. Theologie)	54,46%
II (Kath. Theologie)	40,21%
III (PPP)	49,40%
IV (Geschichtsw.)	54,27%
V (Philologie)	48,57%
VI (Rechtswiss.)	43,61%
VII (Wirtschaftsw.)	44,66%
VIII (Sozialwiss.)	61,52%
XI (Mathematik)	45,91%
XII (Physik)	47,83%
XIII (Geowiss.)	44,94%
XVII (Theor. Medizin)	80,97%
XVIII (Prakt. Medizin)	80,97%
Gesamtwahlbeteiligung	47,26%

Uni-Fundbüro

Bochum. (BSZ) — Ab September 1968 soll in der Universität ein zentrales Fundbüro eingerichtet werden. Für die Übergangszeit gilt folgendes Verfahren: Fundgegenstände sollen beim Pförtner im Gebäude IB abgegeben werden, der sie in ein Fundbuch einträgt, aufbewahrt und gegen Quittung an den Verlierer aushändigt.

Frauen-Ruhrkreis

sucht Interessenten, die unentgeltlich Nachhilfestunden erteilen. Bitte, melden Sie sich bei der BSZ-Redaktion, Baracke 8!

Wahlgemeinschaft	SITZVERTEILUNG						
	Listenmandat	Direktmandat	Mandate insgesamt				
SHB	7 (26,58 %)	5	12				
FHV	6 (21,13 %)	1	7				
HSU	4 (15,61 %)	2	6				
SDS	3 (11,12 %)	—	3				
„WUS“	2 (9,24 %)	—	2				
GUNST	2 (9,06 %)	2	4				
BSU	1 (4,14 %)	—	1				
LUS	1 (2,23 %)	—	1				
Unabhg.	—	1	1				
Total	26 (100 %)	11	37				

Abt.	Anzahl der erhaltenen Stimmen							
	SHB	FHV- Wg.	HSU	SDS	„WSU“	GUNST	BSU	LUS
Abt. I:	21	6	10	11	4	2	—	1
Abt. II:	6	5	1	4	33	6	6	1
Abt. III:	61	22	91	47	8	5	4	5
Abt. IV:	35	25	18	9	6	4	7	1
Abt. V:	290	120	100	103	75	29	29	21
Abt. VI:	95	122	35	30	50	11	33	10
Abt. VII:	111	205	70	32	64	16	29	10
Abt. VIII:	63	48	75	43	6	2	4	2
Abt. XI:	46	32	30	22	7	7	2	0
Abt. XII:	3	1	3	1	3	—	—	—
Abt. XIII:	11	9	6	1	4	4	2	1
Abt. XVII:	6	2	1	5	—	88	—	1
Abt. XVIII:	3	—	1	6	1	82	1	1
	751	597	441	314	261	256	117	63

Kein Mißtrauen gegen Göttinger Studentenrat

Göttingen (dpa). Mit eindeutiger Mehrheit hat die Göttinger Studentenschaft in einer Urabstimmung den Antrag abgelehnt, dem Studentenrat das Mißtrauen auszusprechen. Die Aktion war eingeleitet worden, nachdem der Studentenrat einer Blockade des Auditoriumsgebäudes während der Protestaktionen gegen die Notstandsgesetzgebung Ende Mai nachträglich seine Zustimmung gegeben hatte.

Saarbrücken verläßt VDS

Saarbrücken (dpa). — Das Studentenparlament der Saar-Universität hat nachträglich den Austritt des Allgemeinen Studentenausschusses aus dem VDS gebilligt. Der Austritt war bereits vor einiger Zeit erklärt worden, weil bei einer Reihe grundlegender Probleme — so in der Frage des politischen Mandats — keine Einigung mit dem Verband erzielt werden konnte.

* In allen KONSUM-Fleischläden

nur 1,98 500g **Schweine-schulter** wie gewachsen

nur 78 100g **Aufschnitt** Delikateß-Zungenwurst, Gek. Vorderschinken, Fleischmagen

nur 79 je 1/1 Dose **Junge Erbsen** mittelfein Groko-Holl. **Brechbohnen**

... auf alle Angebote erhalten Mitglieder Rückvergütung!

Granny-Smith-Äpfel saftig, frisch 500 g	-,84	Frische Kartoffeln sehr schmackhaft 2,5-kg-Beutel	-,49
TIKO-Schollenfilets grätenfrei, küchenfertig 300-g-Paket	1,98	Puten-Hinterviertel gefroren, vollfleischig 500 g	2,28
Rhein. Gouda-Käse 45% Fett i. Tr. 200 g	-,98	Oldenhof-Knacker einfach 4x90 g, Glas	1,98
CIRKEL-Kaffee „Milde Sorte“ eine feine Kaffeemischung 250-g-Paket	3,90	Erfrischungswaffeln mit feiner Füllung 350-g-Beutel	1,28
Himbeer-Sirup aus reifen, sonnensüßen Früchten 0,7-l-Fl.	1,48	Friedrichsdorfer Zwieback knusprig frisch 250-g-Beutel	-,75
Trauben-Nuß-Schokolade die schmeckt prima 200-g-Tafel	-,98	Diogenes-Liköre Erdbeer, Mocca, Kirsch-Whisky je 0,5-l-Fl.	3,95
Campingliege rot und blau mehrfach verstellbar, Gr. 190x60 cm Stück	18,50	Camping-Klappstessel Stahlrohrrahmen mit festem Bezug Stück	7,95

KONSUM

Frißt die Revolution ihre Eltern?

Peter Kress fragt Hilmar Hoffmann

BSZ: Herr Hoffmann, vierzehn Jahre lang galten die Oberhausener Kurzfilmtage als eine Enklave für Entwicklungen außerhalb kommerzieller und politischer Abhängigkeiten. Die Tatsache, daß hier schon vor Jahren Filme aus der DDR und dem Ostblock laufen konnten, führte sogar soweit, daß Oberhausen gelegentlich als „rotes Festival apostrophiert wurde. Plötzlich 1968 soll sich dies aber alles geändert haben. Mit den Auseinandersetzungen um Costards „Besonders wertvoll“ wurde versucht, Ihr Festival zu sprengen. Wie erklären Sie sich, daß plötzlich selbst Oberhausen zum Objekt revolutionärer Angriffe gemacht wurde?

Hoffmann: Je liberaler ein Festival ist, um so breiter ist seine Angriffsfläche. Da die Liberalität aber selbst in Oberhausen da Grenzen hat, wo das Gestrüpp des Strafrechtsgesetzes beginnt, schien hier für die Kritiker der dialektische Ansatzpunkt gegeben, indem man der Festivalleitung als einen Akt der Zensur anlasste, was die Gesellschaft sich selbst an Normen auferlegte. Der § 184 ist keine Einrichtung des Oberhausener Festivals, sondern gesellschaftliche Institution. Wer den Paragraphen liquidieren möchte, kann nicht ein Festival dafür nehmen, sondern er muß die Gesellschaft selbst verändern, um mit ihr neue Gesetze zu entwerfen, die der zukünftigen Entwicklung standhalten. Daß Oberhausen nicht unter das Verdikt der Pruderie geraten kann, beweisen nicht nur Filme wie *Fireworks*, *Scorpio Rising* oder *Relativity*, sondern das demonstrierte gerade das diesjährige Oberhausener Programm mit Filmen, die die Filmselfbstkontrolle unbeanstandet nicht passieren würden...

... Das freizügige schöne Detail ist heute nicht nur im Spielfilm, sondern in noch stärkerem Ausmaß seit etwa zwei Jahren im Kurzfilm anzutreffen. Auch diese Entwicklung, wenn sie als repräsentativ hingewonnen werden kann, darf ein Festival, das vorgibt, mit den Filmen auch die Strömungen der Zeit zu registrieren, nicht unterschlagen. Der Verdacht, dem sich das Festival dabei aussetzt, muß ihm ebenso gleichgültig bleiben wie vor Jahren jener, ein „rotes Festival“ zu sein.

BSZ: Herr Hoffmann, man zählt Sie persönlich zu den kulturpolitisch antireaktionären Kräften; selbst die Protestanten von Oberhausen gestehen Ihnen zu, daß Sie auf der Seite derer stehen möchten, die für die Meinungsfreiheit kämpfen. Gleichzeitig wird aber behauptet, die Entwicklung sei über Sie hinweggegangen und Sie müßten heute dort stehen, wo Sie eigentlich nicht sein möchten. Wie stellen Sie sich zu diesem Vorwurf?

Hoffmann: Der Film *Besonders wertvoll* muß unter zwei Aspekten diskutiert werden: einer ist die Argumentation wider das Filmförderungsgesetz, der andere das ist die Wahl der Mittel, die für die Polemik gewählt wurden. Über die Mittel muß hier nicht noch einmal diskutiert werden, in deren Ablehnung setzt sich bekanntlich der Oberhausener Eklat voraus. Auch zur Sache selbst ist allgemein bekannt, daß ich lange vor Verabschiedung des Filmförderungsgesetzes gegen dieses polemisiert habe und auch heute noch der Meinung bin, daß es zumindest für den Kurzfilm keine wirkliche Hilfe bedeutet. Ich teile also so gesehen den kritischen Ausgangspunkt der

viel allgemeiner um die „Freiheit der Kunst“. Glauben Sie, daß trotzdem irgendwelche irgendwie gearteten Zusammenhänge zwischen den Ereignissen in Knokke und in Oberhausen gesehen werden müssen?

Hoffmann: „Die Freiheit der Kunst“ war auch in diesem Jahr in Knokke nicht bedroht. Die Proteste in Knokke richteten sich vielmehr dagegen, daß die dort vortragene Kunst sich die Freiheit nahm, auf politische Themen zu verzichten. Der Protest richtete sich in Knokke gegen ein Festival, das der Diskussion um Vietnam ausweichen wollte. Dieses Motiv entfiel in Oberhausen. In Oberhausen wurden vier von Teil abendfüllende Dokumentarfilme gegen den Krieg in Vietnam gezeigt. Einer davon, Chris Markers *6ème Face du Pentagone*, erhielt sogar den Großen Preis und kann daher als programmatisch für das Festival und als Auskunft über die Qualifikation der Jury gelten. Daß die Vietnam-Thematik beim Oberhausener



Hilmar Hoffmann beim BSZ-Interview.

Kurzfilmfestival einen zeitlich derart breiten Raum einnahm, gehört zu dessen Selbstverständnis. Ein Festival, das zu einem Drittel Dokumentarfilme zeigt, die die Welt bedeuten, kann zum wichtigsten Thema, das die Welt beunruhigt, nicht schweigen.

BSZ: Die Revolution in Oberhausen war, sieht man von Knokke ab, nur der erste Versuch, Festivals als „Produkte reaktionärer Kunst diktatur“ in die Luft zu sprengen. Inzwischen wurden, und im Gegensatz zu Oberhausen, erfolgreich, mehrere Festivals, denken Sie an Cannes und Mailand, kaputtgemacht. Glauben Sie, daß alle diese Ereignisse in einem ursächlichen Zusammenhang miteinander stehen?

Hoffmann: Man muß differenzieren: In Cannes kann man ganz sicher von reaktionärer Kunst diktatur sprechen, denn an der Croisette fand in erster Linie immer der Jahrmärkte des kommerziell abgesicherten Films statt. Der Kurzfilm aber ist außer in den sozialistischen Ländern und in Kanada in den meisten Fällen frei finanziertes oder nicht selten erhungertes Kunstprodukt. Hier kann also von einer Diktatur kommerzieller Interessen nicht die Rede sein. Das gilt für Oberhausen etwa, für Knokke oder Pesaro gleichermaßen. Wenn man unter reaktionär jedoch alle anderen Ergebnisse als die der ganz und gar unkonventionellen jeweils jüngsten Welle, in deren Augen sich die Ergebnisse der vor ein, zwei Jahren noch Jungen als reaktionäre Kunst ausmachen, dann trifft dieser Vorwurf allerdings auch Oberhausen. Selbst Mitglieder der Hamburger Gruppe, soweit es sich um zwischen publizistisch anerkannte Filmemacher handelt, werden heute bereits von den Nachdrängenden zum Establishment notiert...

Die Revolten gegen die Festivals stehen selbstverständlich in einem gewissen ursächlichen Zusammenhang, auch wenn die Motivationen, unter denen die Frontalangriffe sich ausgeben, voneinander unter-

schieden sind. Insbesondere solche Filmfestivals, die auf ihrer Leinwand eine Analyse der Wirklichkeit doch geben wollen, müssen damit rechnen, daß die Veränderungen der Gesellschaft, auf die unsere kritische Generation drängt, die Plattform einbezieht, die Impulse für Veränderungen stimuliert.

Es ist nur die Frage, ob die jungen Filmemacher auch diejenigen Plattformen, die sie zumindest im Ansatz akzeptieren, als ihre eigene Basis gleich zerstören sollten, wenn sie eigentlich nur Veränderung zu ihren Gunsten meinen. Die Notwendigkeit von Veränderungen, auch in Oberhausen, wird nicht bestritten. Beide, das Festival und der Film, können dadurch nur gewinnen.

BSZ: Herr Hoffmann, sehen Sie irgend-einen, und wenn ja, welchen Zusammenhang zwischen den lagepolitischen Ereignissen der letzten Monate in Deutschland, Frankreich und anderen Ländern, und den kulturpolitischen Revolutionsversuchen? Glauben Sie persönlich, daß es primär politische, oder primär kunst- und kulturpolitisch-immanente Probleme sind, die zu einer Entwicklung, wie wir sie im Augenblick haben, führten?

Hoffmann: Selbstverständlich. Die gesellschaftlichen sind ohne die kulturpolitischen Veränderungen nicht denkbar, im Gegenteil, sie setzen m. E. ihre Wirksamkeit in diesen sogar voraus: gerade der Film ist ein wesentliches Medium, Veränderungen im Bewußtsein der Menschheit zu bewirken, und das heißt nichts anderes, als gegen die tradierten Formen unserer Gesellschaft überall da zu revoltieren, wo diese brüchig geworden sind.

BSZ: Herr Hoffmann, glauben Sie, daß diese politischen Destruktionsbestrebungen erfolgreich und auch von größerer Dauer sein werden, so daß im Endeffekt Festivals, wie wir sie bisher hatten, nicht mehr existieren werden, sondern nur bestenfalls noch Sub-Kultur-Festivitäten?

Hoffmann: Zunächst einmal glaube ich nicht, daß man so generell von „Destruktionsbestrebungen“ sprechen kann. Ich glaube, daß z. B. in Provokationen gekleidete Kritik an Oberhausen in diesem Jahr in einer ehrlichen Besorgnis ihre Ursache hatte: man möchte ein progressives Forum durch äußere Einflüsse in seinem Engagement nicht eingeschränkt sehen. In all den Fällen, wo Festivals den Film zu einem Vorwand für gesellschaftliche Ambitionen degradieren, entsteht für den Film, den wir meinen, kein Verlust, wenn diese Plattform zerstört wird, die ohnedies nicht die seine ist und nicht sein kann. Dies genau sind die Festivals, die Sie in Ihrer Frage als Sub-Kultur-Festivitäten bezeichneten.

BSZ: Herr Hoffmann, es wird auch in Oberhausen, das sich bis jetzt dadurch auszeichnete, ein progressives Festival zu sein, ein Festival ohne das Theater und den etwas unzeitgemäß verstaubten Pomp von Show-Festen à la Berlin und Cannes, nicht zu umgehen sein, im nächsten Jahr verschiedenes zu verändern. In welcher Form und mit welchen Abweichungen vom bisherigen Stil und Programm planen Sie Oberhausen für 1969? Oder meinen Sie etwa, daß es kein „nächstes Jahr“ für Oberhausen geben wird?

Hoffmann: Es wird die XV. Westdeutschen Kurzfilmtage in Oberhausen geben, allerdings nach einer gründlichen Umstrukturierung, die den Forderungen, wo immer sie berechtigt sind, entgegenkommen werden. Insbesondere die Auswahlprinzipien werden auf die Erfordernisse des Jahres 1970 abgestellt sein müssen, und d. h. auf den jeweils neuesten Stand filmischer Entwicklungen. Denn, ein Festival sollte in keinem Fall sich selbst, sondern dem Film dienen. Es sollte die Maßstäbe des Films nicht diktieren, sondern suchen und als Grundlage für die eigenen nehmen.

BSZ: Herr Hoffmann, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Ruhrfest-„Nach-Spiele“

War im letzten Jahr die Eigeninszenierung des „Jungen Forum“ der Ruhrfestspiele — ein Brecht-Lehrstück — wegen „mangelnden Publikumsinteresses“ noch vor der ersten Aufführung wieder abgesetzt worden, so kann Wallraffs Polit-Dokumentation „Nach-Spiele“ in diesem Jahr wenigstens die drei vorgesehenen Male über die Bühne gehen. Wenn auch kastriert und von den Veranstalter auf dem Programmzettel im voraus mit einem Dementi jeglicher politischen Stellungnahme versehen.

Das zeigt: der Schreibauftrag an Wallraff war streng eingegrenzt; es ist eine taktische Frage, ob Wallraff recht getan hat, ihn dennoch anzunehmen und auszuführen.

Das Stück versucht, die Wirksamkeit von Grundgesetzartikel 1 an drei Themen kritisch zu illustrieren. Es addiert Einzeldokumentationen zu Studentenhetze, Kommunistenverfolgung und subtil-brutale Formen des Arbeitskamps. Zumindest mit Thema zwei und drei wird nützliche Information geliefert. Mehr aber nicht. Die Kritik Wallraffs bleibt punktuell. Der Addition von Härtefällen fehlt der Versuch, sie systemimmanent zu erklären. Daher gerät die Bilanz der anschließenden Diskussion, die Qualitätsmesser der Publikumswirkung ist, negativ: entweder allgemeine Lebensmoral oder pedantische Faktenkontrolle. Und doch greift diese Argumentation ge-

genüber dem Stück zu kurz. Denn sie beschränkt sich von vornherein auf den Blickwinkel der Veranstalter, die meinen, die Dokumentation als „Stück gewerkschaftlicher Kulturarbeit“ vereinnahmen zu können. Man argumentiert von einer Basis aus, die man gleichzeitig am Stück kritisiert; politisches Theater nur als politische Ersatzhandlung, als Ventil überschüssiger Empörung.

Mit der Namensnennung der Firmen im dritten Teil systematisiert Wallraff die Prozeßverfahren, die er selbst und Max von der Grün mit Firmennennungen bei ihren Buchpublikationen gemacht haben.

Die Nach-Spiele verstehen sich nur als Vorspiele, wenn das Vorhaben klappt, wenn die genannten Firmen auch wirklich gegen die Dokumentation der Vorkommnisse prozessieren, für deren Wahrheitsbeweis Wallraff persönlich bürgt.

Dann wäre seine szenische Dokumentation ein schöpferisches Experiment: die gesellschaftlichen Widersprüche werden nicht mehr auf dem Theater dargestellt und ausdiskutiert; Wallraff versucht sie mit dem Mittel des Theaters in der Wirklichkeit zu provozieren. Denn dort gehört die Auseinandersetzung hin. Das kann nur gelingen, wenn der Text des Stücks (KONKRET bringt einen Teilabdruck, VOLTAIRE druckt es ganz) weitestreichende Publizität erhält. Die ist zu propagieren. **pachl**

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN

trispher
Kleinstlinsen
angenehm zu tragen
unsichtbar · unzerbrechlich

Hagemann
SÜDRING 20

Mit dieser attraktiven Reiseschreibmaschine werden Sie überall bewundert.



Verkauf durch:



ADOLF LOEWE

BOCHUM
Kortumstraße 95 - Ruf 62341

IMMER wenn's um Geld geht...

SPARKASSE

In Querenburg direkt in der Nähe der Uni
Im Westenfeld 22 Tel.: 511015

...gleich neben der Mensa

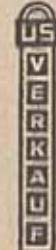
BUCHHANDLUNG

IHRE

BROCKMEYER

443 BOCHUM-QUERENBURG
Lennershofstraße 70 - Ruf 511360

Europäische Marken-Teppiche



US VERKAUF

Führendes Haus in Western-Bekleidung

Twen Shop
Bekleidung für junge Leute

Rücklaufbestände der US-Armeen

H. PETERMANN

Dortmund - Helle 9 - Telefon 523952

Bochum - Rathausplatz 8 - Telefon 66939

Wuppertal-Eilberfeld - Robert-Daum-Platz - Telefon 511959

WESTFALENBANK
IHRE BANK IN QUERENBURG

Zweigstelle
Ruhr-Universität
Lennershofstr. 70
Tel.: 511315

Zweigstelle
Bochum-Querenburg
Overbergstr. 7
Tel.: 511012

Sie können Bankgeschäfte jeder Art in beiden Zweigstellen abwickeln. Ihre Studien- und Sozialgebühren können Sie kostenlos bei uns einzahlen. WESTFALENBANK Aktiengesellschaft Bochum Huestraße 21-25



GETRÄNKE VON INTERNATIONALEM RUF

SCHLÖR-GESellschaft MBH BOCHUM UND RECKLINGHAUSEN



BSZ-Leser antworten

Betr.: „Pressestelle tendenziös? Über die Freiheit des Unternehmens-Instituts“ in der BSZ vom 3. Mai 1968

Die Ausführungen des genannten Artikels lassen erkennen, daß dem Verfasser, Herrn A. W. Michael jun., der Begriff der journalistischen Sorgfaltspflicht unbekannt ist. Bei einer Erkundigung im Dekanat der Abteilung für Wirtschaftswissenschaft oder im Institut für Unternehmensführung und Unternehmensforschung hätte er folgende Tatsachen erfahren:

1. Die Mittel im Rahmen der Bertelsmann-Gastdozentur für Unternehmensführung werden dem Institut für Unternehmensführung und Unternehmensforschung ohne jede Auflage überlassen.
2. Die Mittel der Bertelsmann-Gastdozentur werden durch die Universität verwaltet und unterliegen somit der üblichen Rechnungsprüfung.
3. Die Bertelsmann-Gastdozentur soll das Lehrangebot der Abteilung für Wirtschaftswissenschaft besonders im Hinblick auf die von den Studenten der Wirtschaftswissenschaft immer wieder geforderte Praxisnähe erweitern. Die bisherigen Vortragsreihen und Einzelveranstaltungen legen davon

Zeugnis ab, daß dieses Ziel im Rahmen des Möglichen voll verwirklicht worden ist.

4. Stiftungsmittel wie die der Bertelsmann-Gastdozentur sind zweckgebunden. Sie können nicht im Rahmen der Universität verteilt werden.

5. Die Fakultät und die Fachschaft begrüßen nachdrücklich die Bereitschaft privater Stifter, Lehre und Forschung an der Abteilung für Wirtschaftswissenschaft durch die Bereitstellung von Mitteln zu fördern. Sie verurteilen eine Verdächtigung der Stifter — hier des Hauses Bertelsmann —, mit Hilfe der Stiftungsmittel unverwertbare, eigennützige Zwecke zu verfolgen, auf das entschiedenste. Die Universität könnte sich glücklich schätzen, wenn dem Beispiel des Hauses Bertelsmann andere Firmen folgen würden, um zum Beispiel auch die vom Verfasser des Artikels genannten wichtigen Forschungsgebiete zu unterstützen. Der Verfasser hat mit seinen Ausführungen der Universität in bezug auf mögliche weitere Stiftungen einen schlechten Dienst erwiesen.

Prof. Dr. Meyer-Dohm
Dekan
Fachschaft Wirtschaftswissenschaft
Der Fachschaftspräsident

Für Könner und Kenner
VW Standard
6/62, generalüberholt und
getÜVt, für 900 DM.
Telefon 6 69 51

Betr.: Leserbrief (BSZ Nr. 27)

Die Kommilitonin Gabriele Morschöck wendet sich in ihrem Brief gegen die Veröffentlichung eines (Brust-)Aktfotos in der BSZ, und zitiert, um ihre Entrüstung zu stützen, bezeichnenderweise das erreaktionäre MdR Heinrich von Treitschke (1834 bis 1896), das für einen autoritären Machtstaat mit starker Reichsgewalt eintrat.

In der Tat: ein Volk, dessen Frauen (und Männer) aufgehört haben, sich zu schämen über die gräßlichen Verbrechen, die in seinem Namen begangen worden sind, ein Volk, dessen Männer und Frauen aufgehört haben, sich zu schämen über die unvorstellbaren Verbrechen, die tagtäglich in Vietnam, Nigeria und Biafra begangen werden, ein Volk, dessen Männer und Frauen zu diesen Verbrechen schweigen, aber sich über Aktfotos entrüsten, weil sie — viele Bürger unseres Volkes — wie Gabriele Morschöck in einer spießigen, auf Unwissenheit beruhenden Sexualmoral des 19. Jahrhunderts befangen sind — von einem solchen Volk kann man in der Tat behaupten, es sei „dem Untergang geweiht“.

Gerhard Urboneit
stud. phil.
Dortmund

Kriegsdienstverweigerung als Wehrübung

BOCHUM. (BSZ) — Angesichts der steigenden Anzahl von Kriegsdienstverweigerern, so ließ CDU-MdB Zimmermann, Mitglied des Verteidigungsausschusses, verlauten, müsse man sich überlegen, ob nicht das Grundgesetz einer Änderung bedürfe. Was das Grundgesetz als verfassungswidriges Recht verbietet — GG 4,3: „Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden“ — wird von einer breiten Öffentlichkeit immer noch als Sonderrecht betrachtet, das sich eine Minderheit herausnimmt. Die Informationen über die Alternativen zum Wehrdienst, der zivile Ersatzdienst oder eine Verpflichtung beim Entwicklungsdienst, sind spärlich.

Die Diskriminierung des Kriegsdienstverweigerers zeigt sich nicht nur innerhalb der Gesellschaft, wo er wegen seiner Überzeugung vielfach als Querulant oder Drückeberger abgestempelt wird, sondern auch am Verfahren der Anerkennung selber: In einer ausführlichen Selbstdarstellung sollen dem Ausschuss Lebensgang, Berufsausbildung, Hobbys, etc. unterbreitet und die Motive der Kriegsdienstverweigerung erläutert werden.

Da sich vielfach selbst Verweigerer über ihre Position nicht im klaren sind, richteten die Studentengemeinden der Ruhr-Universität eine Beratungsstelle für Kriegsdienstverweigerer ein. Seit ihrem Bestehen informierten sich 40 Schüler und Studenten bei Walther Kohlhoif, 24, der die Beratung durchführt, über die Möglichkeiten,

als Kriegsdienstverweigerer anerkannt zu werden.

Die Mehrzahl war der irrigen Auffassung, sie nähme ein Sonderrecht in Anspruch. Die gesellschaftliche Aversion gegen Nicht-Konformisten fand ihren Niederschlag in der Sorge, daß aus der Verweigerung wirtschaftliche und soziale Nachteile erwachsen könnten. Die Gründe für die Verweigerung waren häufig unreflektiert und hätten den Fragen des Prüfungsausschusses nicht standgehalten. Hier versucht man in einem ausgedehnten Gespräch den Nachweis der Gewissensentscheidung zu untergraben. Der Bewerber wird nach seiner Haltung zu Notwehr, Recht auf Widerstand, gesellschaftlicher Verantwortung usw. befragt. Gelegentlich prüft man die Motive sogar in historischen Exkursen („Was halten Sie von Bismarck?“).

Bei diesem Verfahren ist nicht nur diskriminierend, daß die Beanspruchung eines Grundrechts ausführlich begründet werden muß. Vielmehr wird der ungeschulte Kriegsdienstverweigerer häufig nicht in der Lage sein, der Prüfungstaktik wirksam zu begegnen.

Bei der Beratungsstelle der ESG und KSG steht umfangreiches Material über die Argumentation der Prüfungsausschüsse zur Verfügung. Ratsuchende erhalten Auskunft über ihre juristische Position, über Präzedenzfälle, Einspruchsmöglichkeiten, den zivilen Ersatzdienst usw. In kritischen Fällen leistet die Internationale der Kriegsdienstverweigerer Rechtshilfe.

Die Schwierigkeiten des Verfahrens und gesellschaftliche Vorurteile machen die Kriegsdienstverweigerung zu einer Wehrübung gegen ein versteinertes Unverständnis des Grundgesetzes und das deutsche Selbstverständnis des Untertans, das in einer bedingungslosen Bejahung der Wehrpflicht geronnen ist. So blieb auch eine Flugblattaktion der Studentengemeinden ohne Erfolg, in der die Schulleitungen der Bochumer Schulen gebeten wurden, auf die Beratungsstelle für Kriegsdienstverweigerer hinzuweisen.

Die Beratungsstelle für Kriegsdienstverweigerer in Baracke 9 bleibt weiterhin dienstags zwischen 18 und 20 Uhr geöffnet. Schriftliche Anfragen gehen an Walther Kohlhoif, 43 Essen-Überruhr, Lehmanns Brink 6.

Aufgeschnappt

„Es wird Zeit, daß wir wieder nach Hause kommen: da wird einem der Sozialismus wenigstens nicht durch die Realität vermiest.“
SHB-Jörder, als er einmal in Leipzig weilte.

„Was könnte man aus diesem Land machen, wenn man hier einen gesunden Kapitalismus einführen würde.“
Alt-Parlamentarier Ludger Anselm Versteil, als er einmal abends um 22 Uhr in Leipzig kein Bier mehr erhielt.

Der Kritische Blick allein genügt nicht!

SIE BRAUCHEN AUCH DEN FACHMANN-SIE BRAUCHEN KEIL & KATH TEPPICHE UND GARDINEN BOCHUM, BONGARDSTR. 24/28

... auch Sie könnten mal krank werden

Da es keine Garantie für immerwährende Gesundheit gibt, hat der „Oktomer“ sogar recht. Jeder Mensch kann es erwischen. Eine Krankheit kann die Dicy die hohen Kosten verursachen. Wie beruhigend, wenn Und außerdem noch ein Krankenhaus-Taggeld zahlt Kranksein ist teuer — wir helfen!

DEUTSCHE KRANKEN-VERSICHERUNGS-A.-G.
Hauptverwaltung Köln, 5000 Köln, Hohenstaufenring 62, Telefon 2 94 61
Beratung: Deutsche Kranken-Versicherungs-A.-G. Filialdirektion Bochum, 4630 Bochum, Kortumstr. 66, Telefon 6 92 49-48

HALLO!

Wir haben für Sie noch Plätze besorgt

Cala Figuera, Mallorca	DM 390,—
Segeln a. d. Ammersee	DM 268,—
Prag	DM 179,—

und vieles andere mehr

Beratung und Buchung bei:
STUDENTEN-REISEDIENST BEIM STUDENTENWERK BOCHUM e. V.
463 Bochum, Lennershofstraße 66, Baracke 8 (neben der Mensa), Tel. 51 14 57

KENNEN SIE SCHON UNSER EINKAUF-CENTER?

L
Ü
P
P
E
L
K
G

WIR FÜHREN:
LEHRMATERIALIEN 25 WESTDEUTSCHER GROSSVERLAGE, STUDIEN-, SCHUL- UND BÜROMATERIALIEN.

WISSEN SIE, DASS WIR STUDENTEN NACH VORLAGE DES STUDENTENAUSWEISES RABATT GEWÄHREN?

GERN ERWARTEN WIR IHREN BESUCH.
BOCHUM — WIEMELHAUSER STRASSE 36 a — RUF 3 24 41

Fragebogen-Aktion

Bochum. (BSZ) — Im kommenden Wintersemester soll bei der Rückmeldung eine Befragung aller Studierenden über Studienbedingungen stattfinden.

Im Wintersemester 1967/68 wurde ein diesbezüglicher Beschluß vom Senat gefaßt. Die Ausarbeitung erfolgte durch den Diplom-Psychologen Wilcke.

Während der vorlesungsfreien Zeit wird eine Voruntersuchung durchgeführt, nach

Bochumer Studenten Zeitung

Herausgeber: Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität (Reinhard Zimmermann, Stephan Bock, Carla Boulboullé, Gerhard Huck)

Auflage: 7000 Exemplare
Redaktionelle Leitung: Gerhard Huck
Anzeigenleitung: Christine Schipplack

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anschriß: 463 Bochum, Lennershofstr. 66 (Ruhr-Universität), Telefon 51 18 55
Bankverbindung: Westfalenbank AG, Konto-Nr. 906 859
Druck und Klischees: Laupenmühlen & Dierichs, Bochum, Hüttenstraße 3-5, Telefon 3 30 43
Alle Rechte beim Universitätsverlag Bochum (Studentenwerk Bochum e. V.), 463 Bochum, Lennershofstraße 66, Tel.: 51 14 57.

GILBERT HUSELZ

POLIT POP STRIP

VOR WENIGEN WOCHEN:

UNISTREIK VOLLVERSAMMLUNG RUHRAKTION

rufen ASLR-Kritiker auf den Plan!!!

Nieder mit dem ASLR! Wider das politische Mandat! ASLR weg!!!

ASTA-Gegner produzieren:

FLUGBLÄTTER

Die Mehrheit der Studenten lehnt die Aktionen des ASLR ab! Stürzt den ASLR!

DANN SCHLEICHEN DIE LAMMEN ANHÄNGER, DIE AUFSTÄNDISCHEN BEI WISSEN FÜRZE

SP-MÄHL

In der Wahlwoche verschied, trotz intensiver Bewirtung seitens der Universität, unerwartet die ungeheuer große

UNZUFRIEDENHEIT

tausender wahrhaft demokratischer Studenten mit der linksradikalen ASLR-Politik

In stillem Optimismus:
Die radikale ASLR-Minderheit

Von Kranzspenden bitten wir abzusehen!

Wichtig für alle Studenten der Universität Bochum/Essen

Die Debeka, Lebensversicherungsverein auf Gegenseitigkeit, die über 1,5 Milliarden DM Versicherungssumme aufzuweisen hat, bietet den notwendigen Lebensversicherungsschutz in jeder gewünschten Form — auch für den Fall vorzeitiger Invalidität.

Mit ihrem leicht überschaubaren Gewinnssystem hat die Debeka etwas Besonderes zu bieten.

Schon für das zweite, bei Laufzeiten von mehr als 25 Jahren für das dritte Versicherungsjahr werden hohe Gewinnsätze gewährt. Der Versicherungsnehmer kommt damit schon frühzeitig in den vollen Genuß der Gewinnanteile. Auf ihre Höhe ist nämlich die abgelaufene Versicherungsdauer ohne jeden Einfluß. Berechnungsgrundlage ist einzig und allein die Versicherungssumme.

Debeka

Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit

Hauptverwaltung: 54 Koblenz, Südallee 15-19
Bezirksverwaltung: 46 Dortmund-Marten, Haumannstraße 16

Weitere Bezirksverwaltungen in allen größeren Städten des Bundesgebietes